

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(1) **Kommentar zur sowjetischen Truppenpräsenz auf Kuba**

Die Zahl der auf Kuba stationierten sowjetischen Soldaten sei zwar geringer als 3.000 und könne insofern keineswegs als Bedrohung der USA hingestellt werden.

Sehe man aber näher zu, so müsse man diese Präsenz doch mit Besorgnis betrachten. Drei Punkte seien hervorzuheben:

- Da diese Truppen schon seit 1962 nach Kuba entsandt worden seien, dienten sie doch ganz offensichtlich einer langfristigen sowjetischen Strategie.
- Es sei unerheblich, ob es sich hier um Kampf- oder aber Ausbildungssoldaten handle. Zumindest bildeten sie kubanische Söldner aus.
- Die 3.000 Soldaten seien für sich genommen zwar keine ernste Bedrohung der USA. Aber ergänzt durch die kubanischen Söldner und die Einsatztruppen, bildeten sie doch ein relevantes Potential.

Blicke man von Afrika über den Nahen Osten bis hin nach Südostasien, so könne man feststellen, daß die Sowjets zusammen mit den kubanischen Söldnertruppen überall in Ost und West Unruhe stifteten. Auch über der Karibik werde der Schatten der Sowjetunion und Kubas bald noch drohender auftauchen (XNA, 17.9.79).

- we -

NORDAMERIKA

(2) **Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen: Besuche Mondales und Nixons in China**

Über den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Mondale wurde bereits in der letzten Ausgabe von C.a. (August 1979, Ü 4) berichtet. Hier einige Ergänzungen. Xinhua (XNA, 2.1.79) bezeichnete diesen Besuch als "sehr erfolgreich" und faßte die wichtigsten Ergebnisse noch einmal zusammen.

- Mondale sei mit Hua Guofeng, Deng Xiaoping und anderen wichtigen chinesischen Führern zusammengetroffen und habe die Grundlage für die weitere Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen in den achtziger Jahren und den folgenden Jahrzehnten gelegt. Das beiderseitige Verständnis sei gewachsen. Präsident Carter sei nach China eingeladen worden.

- Unterzeichnung zweier Dokumente (Durchführungsbestimmungen für den Kulturaustausch 1980 und

1981 sowie ein Protokoll über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserkraft und der Nutzung von Wasserressourcen). Es wurde auch bekannt, daß die amerikanische Export-Import-Bank China in den nächsten fünf Jahren Kredite von 2 Mrd. US\$ gewähren wird. Amerikanische Geschäftsleute sollen ermutigt werden, in China zu investieren. Weiterhin sollen Abkommen über Textilimporte, den Seeverkehr und die Zivilluftfahrt ausgearbeitet werden.

- Mondale nahm an der Eröffnungsfeier für das amerikanische Generalkonsulat in Guangzhou (Kanton) teil, das erste amerikanische Generalkonsulat in China seit dreißig Jahren. Ein weiteres soll in Schanghai errichtet werden. Im Gegenzug wird China Konsulate in San Francisco und Houston errichten.

- Mondale kündigte auch an, daß sein Land die Frage der Meistbegünstigung für China noch im Jahre 1979 lösen werde. Der bereits unterzeichnete bilaterale Handelsvertrag soll dem Kongreß vorgelegt und mit keinen anderen Fragenkomplexen verbunden werden. Wichtigstes Ergebnis dieses Vertrags sei die Meistbegünstigungsklausel. Zwei Probleme sind damit z.Zt. noch verknüpft, nämlich zum einen die Frage, ob man nicht auch der UdSSR - Hand in Hand mit der VR China - die Meistbegünstigung einräumen solle; ferner verlangt das Jackson-Vanik-Amendment die Freigabe der Auswanderung als Voraussetzung für die Meistbegünstigung im Handel. Die letztere Frage wird deshalb keine Schwierigkeiten bereiten, weil Deng Xiaoping bereits bei seinem Besuch in Washington erklärt hatte, China sei jederzeit bereit, 10 Millionen Chinesen auswandern zu lassen. Für die USA könnte der Schuß hier sogar nach hinten losgehen.

- Auch im Hinblick auf Taiwan wurden weitere gemeinsame Schritte vereinbart. Das mit Taiwan bestehende offizielle Zivilluftfahrt-Abkommen wird, so versicherte Mondale, demnächst in ein inoffizielles Abkommen umgewandelt.

- Der wahrscheinlich wichtigste Pluspunkt für China wird in der Zusammenfassung nicht genannt, nämlich das in Mondales Fernsehrede ausgesprochene Interesse der USA an einem starken und modernisierten China. Mondale hatte betont, daß gute bilaterale Beziehungen den beiderseitigen "strategischen Interessen" dienen.

Mondale schloß seinen Chinabesuch mit Visiten in Xian und Guangzhou, wo er überall von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt wurde.

Auch zum Abschluß seines Besuchs, nämlich bei der Pressekonferenz in Hongkong am 2. September, zeigte Mondale seinen Gastgebern gegenüber noch eine Geste des guten Willens, indem er z.T. die chinesischen Sprachregelungen über die vietnamesische Flüchtlingsfrage übernahm. Die Flüchtlinge, mit denen er sich in Hongkong habe unterhalten können, seien offensichtlich von den vietnamesischen Behörden zum Verlassen des Landes gezwungen worden und hätten z.T. 2.000 US\$ Kopfgeld zahlen müssen (XNA,

3.9.79).

Die Kernsätze der Rede Mondales vom 26. August 1979 (XNA, 26. und 27.8.79) lauteten: "Wir glauben, daß die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in den achtziger Jahren eines der großen Bollwerke des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt werden könnten... Um dieses Ziel zu erreichen, hoffe ich, daß Sie damit einverstanden sind, daß Konsultationen über Weltangelegenheiten geführt werden und daß wir, wo immer möglich, einen gemeinsamen Kurs auch bei getrennten Aktionen erreichen... Wir müßten zu diesem Zweck unsere Freundschaft konsolidieren und die bilateralen Beziehungen erweitern und vertiefen. Eine gedeihliche Partnerschaft zwischen uns in den achtziger Jahren - und zwar auf dem Gebiet des Handels, der Kultur, der Wissenschaften und der Technologie - wird der ganzen Welt die Bedeutung unserer gemeinsamen Absichten vor Augen stellen, nämlich eine Welt von unabhängigen Nationen, eine Welt des Gleichgewichts und des Friedens zu schaffen... Wenn wir unsere bilateralen Beziehungen stärken, können wir dramatische wirtschaftliche Fortschritte erzielen und uns kulturell gegenseitig bereichern. Vor allem aber wird eine dauernde chinesisch-amerikanische Beziehung für die Stabilität der internationalen Umwelt sorgen, die wir beide brauchen, um mit den Herausforderungen zu Hause fertig zu werden und Probleme von weltweitem Interesse in Angriff zu nehmen. Was unsere beiden Nationen zusammengebracht hat, ist dies: Wir streben beide nach einer Welt der Stabilität und des Friedens und einer Welt von unabhängigen Staaten, die für einen gemeinsamen wirtschaftlichen Fortschritt arbeiten. Wir beide wenden uns dagegen, daß irgendein Land über ein anderes dominiert."

Bereits am 9. September hatte der chinesische Staatsrat eine Verordnung erlassen, die der Freigabe von ehemals beschlagnahmten amerikanischen Vermögenswerten dienen sollte, wie sie bereits im chinesisch-amerikanischen Abkommen vom 11. Mai 1979 vereinbart worden war. In dieser Verordnung wurde die Bank von China ermächtigt, die Vermögenswerte einzusammeln. Die Bank ihrerseits erließ zu diesem Zweck ein Rundschreiben, in dem bekanntgemacht wurde, daß die Bank allein ermächtigt sei, die Vermögenswerte einzuziehen.

Am 17. September trat auch noch ein anderer amerikanischer Besucher, nämlich der frühere Präsident Nixon, einen mehrtägigen Besuch in die Volksrepublik an. Nixon wurde als alter Freund begrüßt und schon gleich am Flughafen von Kulturminister Huang Zhen begrüßt, der lange Zeit das chinesische Verbindungsbüro in Washington geleitet hatte. Deng Xiaoping gab für ihn ein Bankett, und schließlich wurde Nixon auch noch von Partei- und Regierungschef Hua Guofeng empfangen, der mit seinem Gesprächspartner darin übereinstimmte, daß China und die USA zusammenarbeiten müßten, um den "Expansionismus" zu bekämpfen. Im gleichen Sinn hatte sich bereits Deng geäußert (XNA, 19. und 20.9.79). Auch Nixon betonte, daß die chinesisch-amerikanische Freundschaft "nicht mehr umkehrbar" sei (XNA, 23.9.79).

- we -

(3) Erleichterung über die Wiederaufnahme der amerikanisch-türkischen Zusammenarbeit

Mit Beifall beschreibt Xinhua (6.9.79) das Ende der amerikanischen "Waffenembargo-Politik", die die

USA im Februar 1975 angesichts der damaligen Zypernkrise (die Türkei hatte Truppen nach Zypern entsandt) verhängt hatte. In der Zwischenzeit hätten die USA der Türkei, dem östlichen Ausläufer der NATO, 11,8 Mio.\$ Hilfe im Rahmen des militärischen Unterstützungsprogramms zukommen lassen (XNA, 6.9.79).

- we -

(4) Maoistische Partei in Kanada

Die Workers Communist Party (ML) of Canada (WCP) wurde, wie Xinhua (XNA, 14.9.79) meldet, bei einem Kongreß in Quebec am 1. und 2. Sept. 1979 gegründet. Der Kongreß beschloß, die Canadian Communist League (ML), also die Vorreiterorganisation der neuen Partei, aufzulösen und wählte auch ein WCP-ZK sowie ein Politbüro.

- we -

LATEINAMERIKA

(5) Feiern zu Ehren Chiles

Anläßlich des 165. Jahrestages der Unabhängigkeit der Republik Chile gab der Botschafter Santiagos in Peking einen Empfang, der von zwei chinesischen Ministern besucht wurde (XNA, 18.9.79). Tags darauf gab der Militärattaché Chiles eine Cocktailparty anläßlich der Feier der chilenischen Streitkräfte. Wiederum waren hohe Vertreter anwesend, u.a. der stellvertretende Generalstabschef Zhang Zhiqian und Vertreter der drei Waffengattungen (XNA, 20.9.79).

- we -

AFRIKA UND NAHOST

(6) Zum Machtwechsel in Afghanistan

Am 16. September übernahm der afghanische Premier Amin den Posten des früheren Parteichefs Taraki als Präsident des Staates Afghanistan und als Vorsitzender des afghanischen Revolutionrates.

In einem Kommentar zu diesem Ereignis bezeichnet RMRB (19.9.79) die Sowjetunion als treibende Kraft. Seit Taraki im April 1978 an die Macht kam, hätten sich die Antiregierungsaktivitäten der afghanischen Moslems von Tag zu Tag intensiviert und inzwischen jede Provinz des Landes erfaßt. Die afghanische Regierung habe Truppen entsandt, um diese Aufstände zu "unterdrücken", habe aber dadurch nur noch mehr Öl ins Feuer geschüttet. Am 5. August 1979 kam es dann im Bala-Hesar-Fort in Kabul zu einem Aufstand, den die Regierung Taraki nur mit sowjetischer Hilfe unterdrücken können. Nunmehr wurde die afghanische Regierung umgebildet und ihre führenden Organe nicht weniger als fünfmal seit März 1979 ausgewechselt. Dies alles habe deutlich gemacht, in welchen Schwierigkeiten sich z.Zt. jede afghanische Regierung befindet, die sich vor den sowjetischen Karren spannen läßt. Um Afghanistan zu kontrollieren und es als einen Vorposten zur Aggression und Expansion nach Süd- und Westasien hin zu benutzen und in den Besitz von Warmwasserhäfen zu

kommen, habe die Sowjetunion Tausende von Experten und Ratgebern sowie riesige Mengen von Waffen und Munition in das mittelöstliche Land gesandt. Sie habe über vierzig Verträge und Abkommen mit der afghanischen Regierung geschlossen, um auf diese Weise die Innen- und Außenpolitik Afghanistans politisch, militärisch, ökonomisch und diplomatisch in den Griff zu bekommen.

Diese Einmischung habe jedoch den Widerstandswillen des afghanischen Volkes angestachelt. Der bewaffnete Kampf gegen die Regierung habe unter den Parolen gestanden: "Wir wollen Islamis, nicht Russen sein!" und "Vertreibt die Sowjets aus Afghanistan!". Von den 17 Millionen Afghanen gehören über 90% dem Islam an. Die meisten dieser Mohammedaner seien empört über die Unterdrückungsmaßnahmen der afghanischen Regierung gegen die Moslems und hätten deshalb einen "Heiligen Krieg für die Bewahrung des Islam" begonnen. Es gebe heute 60.000 Soldaten der islamischen Streitkräfte und vier gegen die Regierung gerichtete Organisationen im Lande, nämlich die Nationale Befreiungsfront, die Islamische Organisation, die Islamische Revolutionäre Bewegung und die Islamische Partei. Obwohl diese Organisationen über keine einheitliche Führerschaft verfügen, haben sie doch beschlossen, sich zu einer neuen Kampagne zusammenzuschließen, um auf diese Weise die islamischen Streitkräfte zu koordinieren (XNA, 17., 20. und 21.9.79).

- we -

ASIEN

(7) Das chinesisch-vietnamesische Verhältnis im Berichtszeitraum

Am 20. September fand die 9. Plenartagung der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen auf Vizeaußenministerebene statt, auf der wiederum keinerlei Fortschritt erzielt wurde. Beide Parteien beschränkten sich auf die üblichen Vorwürfe. Von chinesischer Seite lauteten sie: Stationierung von inzwischen schon 200.000 Soldaten in Kampuchea und Laos (XNA, 20.9.79), Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, Grenzübergriffe und Vertreibung weiterer Einwohner Vietnams. In den ersten zwei Septemberwochen habe sich die Zahl der "boat-people" gegenüber der ersten Augushälfte mehr als verdoppelt. Vorwürfe von vietnamesischer Seite: China mische sich in die laotischen und kampucheanischen Angelegenheiten ein, um u.a. das "lebensfeindliche, gesellschaftsfeindliche, vernunftfeindliche, erziehungsfeindliche, religionsfeindliche, wissenschaftsfeindliche, zivilisationsfeindliche und menscheitsfeindliche" Regime Pol Pots und seine Genozidpolitik zu unterstützen (VNA in SWB, 21.9.79); zunehmende "Kriegsvorbereitungen" gegen Vietnam und Aufmarsch riesiger Truppenverbände. Vom 16. März bis Anfang September habe China mehr als 800 bewaffnete Übergriffe in über 20 Distrikte der 6 vietnamesischen Nordprovinzen erlaubt und dabei über 100 Zivilisten und Grenzbewacher getötet, rund 700 Vietnamesen zur Flucht nach China angestachelt, zahlreiche Häuser niedergebrannt und über 200 Stück Vieh und Getreide mitgenommen. Sodann werden die Daten der "ernsthaftesten Zwischenfälle" aufgezählt (1. April, 21. Juni, 8., 21. und 24. Juli, 12. und 24. August, 7.,

12., 14. und 17. September); ferner hätten Tausende von chinesischen Schiffen ganz offen die vietnamesischen Territorialgewässer in den Provinzen Quang Ninh, Haiphong, Nghe Tinh und Quang Nam sowie Danang verletzt. Auch im Luftraum seien Verletzungen vorgekommen, vor allem durch Aufklärungsflugzeuge (Radio Hanoi, 22.9.79, in SWB, 24.9.79).

Außerdem habe China von neuem zwölf Divisionen im Grenzgebiet stationiert und sechs Armeekorps weiter zurück im Inland gestaffelt (VNA, 29.8.79 in SWB, 31.8.79). Damit wolle China die Vietnamesen u.a. auch bei den Verhandlungen einschüchtern. Das vietnamesische Volk habe sich bisher jedoch weder durch die französischen Kolonialtruppen noch durch 1,5 Mio. US- und "Lakaientruppen" noch durch den jüngsten Angriff im Februar/März 1979 durch 600.000 chinesische Soldaten einschüchtern lassen. Die von China betriebene geheime Nachrichtenstation "1. August" habe vor kurzem bekanntgegeben, daß Deng Xiaoping mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Mondale Angriffspläne gegen Kampuchea diskutiert habe (Radio Hanoi, 24.9.79, in SWB, 26.9.79). Neuerdings bereite sich China auch auf einen chemischen Krieg gegen Vietnam vor (Radio Hanoi, 12.9.79, in SWB, 19.9.79) (Die Kriegsvorbereitungsvorwürfe von seiten Hanois sind offensichtlich eine Antwort auf entsprechende Vorwürfe der Chinesen. Radio Peking hatte bereits am 8. August 1979 davon gesprochen, daß die reguläre Armee Vietnams in den letzten Wochen von 600.000 auf inzwischen 1 Million Soldaten aufgestockt worden sei, so daß die Spitzenwerte des Zweiten Indochinakriegs wieder erreicht worden seien (SWB, 11.8.79)). Um diese Truppen auszurüsten, habe die Sowjetunion 70.000 t militärische Ausrüstung, einschließlich 900 leichter und mittlerer Tanks, nach Vietnam verschifft und 5.000 Militärexperten zur Verfügung gestellt, wofür Vietnam im Gegenzug 100 Mio. \$ an die Sowjetunion habe zahlen müssen (ebenda). Die vietnamesische Propaganda wirft den Chinesen ferner vor, sie "reexportierten" Flüchtlinge. Während Vietnam bei der Genfer Flüchtlingskonferenz versprochen habe, den Flüchtlingsstrom einzudämmen - und dieses Versprechen auch gehalten habe -, sei die große Zahl der neuerdings zu beobachtenden Flüchtlinge auf den chinesischen "Reexport" zurückzuführen (Radio Hanoi in SWB, 24.9.79). Der chinesischen Behauptung, Vietnam kooperiere aufs engste mit der Sowjetunion, hält die vietnamesische Propaganda die Zusammenarbeit zwischen Peking und Washington entgegen. Diese Kollusion gehe bis zum Schanghai-Kommuniqué von 1972 zurück (VNA in SWB, 13.8.78).

- we -

(8) Das neue Dauerthema: Flüchtlinge aus Laos

Radio Peking brachte am 15. September eine Sendung in laotischer Sprache über das Thema "Die Grundursache des laotischen Flüchtlingsproblems". Seit der Befreiung von Laos im Jahre 1975 sei die Zahl der Leute, die das Land verlassen hätten, auf inzwischen 200.000 gestiegen, also nahezu auf 10% der gesamten Lao-Bevölkerung. Täglich fliehen 70-80 Laoten aus Vientiane, während in Südlao ungefähr 300 Bürger täglich den Mekong in Richtung Thailand überqueren. Einige Stadtteile von Luang Prabang seien inzwischen ohne Einwohner. Wie kommt es nun, fragt Radio Peking, daß einerseits während der furchtbaren US-Angriffe nur wenige Laoten geflohen seien, während sie heute in hellen Scharen das Land

verließen?

Die Ursache sei bei den "vietnamesischen Behörden" zu suchen, die nach der Befreiung 40-50.000 Soldaten zur Okkupation des Landes entsandt hätten. Nicht nur die einfachen Laoten würden verfolgt, in "Seminare" entsandt und einer "Gehirnwäsche" unterzogen. Selbst hohe Parteifunktionäre würden nach und nach ausgeschaltet. In den vergangenen Jahren seien über 2.500 Mitglieder der laotischen KP ausgeschaltet, d.h. entweder ins Gefängnis geworfen oder getötet worden. Auf dem flachen Land leide die Bevölkerung unter Reismangel, nachdem sie von den vietnamesischen Truppen expropriert worden sei. Anstelle der vertriebenen Bauern seien inzwischen über 100.000 Vietnamesen ins Land gekommen und hätten sich auf dem Bolovens-Plateau und in anderen laotischen Grenzprovinzen niedergelassen. In Vientiane gebe es einige Regierungsstellen, die ausschließlich mit dem Export von Flüchtlingen befaßt seien (SWB, 18.9.79).

Was wird aus diesen Flüchtlingen? Die meisten lassen sich einstweilen im benachbarten Thailand nieder. Doch Thailand wird auf die Dauer den Flüchtlingsstrom kaum verkraften können. U.a. hat sich China bei der Genfer Flüchtlingskonferenz bereit erklärt, 10.000 laotische Flüchtlinge aus Thailand aufzunehmen und sie in der Volksrepublik anzusiedeln. Bisher haben 12.000 Laoten einen solchen Umsiedlungsantrag gestellt (SWB, 14 und 28.9.79).

Radio Hanoi (22.9.79 in SWB, 28.9.79) vermutet hinter der chinesischen Aufnahmeaktion keineswegs humanitäre, sondern aggressive Motive. U.a. habe China 1.200 laotische Soldaten in der Provinz Yunnan angesiedelt, die früher in der Kgl. Laotischen Armee Dienst geleistet hätten. China versuche den Meo-Führer Vang Pao, der früher dem CIA gedient hatte, Khong Le, den Fallschirmoberst, der 1960 kurzfristig Vientiane besetzt hatte, und andere Mitglieder der sogenannten "Laotischen Volksrevolutionärpartei" und der "Sozialistischen Partei" mit ihren bewaffneten Kommandos und "Banditen" für subversive Akte gegen die laotische Volksdemokratie auf die Beine zu stellen (SWB, 26.9.79).

Radio Hanoi wirft den Chinesen vor, nicht nur an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, sondern neuerdings auch an der chinesisch-laotischen Grenze Truppen zu stationieren. Inzwischen sei das chinesische Kontingent hier auf vier Divisionen angewachsen, die sich durch Kommandounternehmen und Spione sowie durch Sabotageaktivitäten bemerkbar machten.

- we -

(9) Über Thailand nur Lobendes

Mit Befriedigung stellt Xinhua (7.9.79) fest, daß der Sicherheitsrat von Thailand am 26. September einige Sowjetflugzeuge identifiziert habe, die ohne Erlaubnis Thailand in Richtung Laos und Vietnam überflogen. Die sowjetische Botschaft sei sofort um Klarstellung ersucht worden. Es dürfe zu keinem zweiten Vorfall dieser Art kommen, weil sich die thailändischen Behörden sonst gezwungen sähen, alle Flugobjekte nach Bangkok herunterzuholen, um sie dort einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Im übrigen habe die Sowjetunion, die wöchentlich zwei Zivilfluglandungen nach und von Bangkok aus betreibt, um erhöhte Flugfrequenzen nachgesucht. Möglicherweise wurden Ziviltransportflugzeuge für militärische Zwecke in Indochina verwendet. Auch ost-

europäische Länder, wie die DDR und Bulgarien, hätten in Thailand um Überflugrechte nachgesucht (SWB, 28.9.79).

Xinhua (25.9.79) meldet ferner, daß Thailand lobenswerterweise sich bereitgefunden habe, kampucheanische Flüchtlinge wenigstens vorübergehend aufzunehmen und sie so vor den Verfolgungen der Heng-Samrin-Truppen zu schützen. Positiv wird auch vermerkt, daß man sich in Thailand bereits auf einen regulären Luftverkehr mit China vorzubereiten scheint (SWB, 11.8.79).

Gleichzeitig nehmen die Unterorganisationen der Thailändisch-Chinesischen Freundschaftsvereinigung zu, wie Xinhua (28.8.79) meldet. Mit Empörung nimmt Xinhua (27.8.79) zur Kenntnis, daß vierzig Vietnamesen seit Januar 1979 Thailand "infiltriert" hätten. Einige von ihnen hätten sich unter die "boat-people" gemischt.

Trotz dieser offiziellen Gesten, die Thailand täglich von chinesischer Seite erhält, sind aber nach wie vor "chinesische Aufständische", wie es in Bangkok offiziell heißt, zu bekämpfen, neuerdings vor allem wieder in besonders starkem Maße an der thailändisch-malaysischen Grenze. Gegen diese Aufständischen würden nach wie vor die Operationspläne Nr. 793 und 794 durchgeführt. Zunehmend habe man hier Erfolge verzeichnen können. Vor allem seien die Einwohner der dortigen Region dazu übergegangen, von der Zusammenarbeit mit den Aufständischen Abstand zu nehmen und ihre Bewegungen den Behörden zu melden (SWB, 28.9.79). Es wird allerdings nicht erwähnt, ob diese "chinesischen Guerilleros" doch von der VR China unterstützt werden oder ob es sich hier um autochthone Bewegungen handelt.

- we -

(10) Gute Zensuren für die neue japanische Außenpolitik

In einem ausführlichen Artikel würdigt Dong Ming (BRu 1979, Nr.37, S.23 f) Japans "neue Außenpolitik", die sich vor allem durch zwei Charakteristika auszeichne, nämlich durch die verstärkten Kontakte mit der Dritten Welt und durch die mit Erfolg praktizierten Prinzipien des "Dialogs und der Zusammenarbeit".

Was den ersten Punkt anbelangt, wende sich Japan neuerdings nicht mehr nur an die traditionellen Partner, sondern sei dazu übergegangen, Ländern der Dritten Welt verstärkt zu helfen. Japan habe z.B. an der dritten Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den ASEAN-Ländern teilgenommen und bemühe sich um Länder der Dritten Welt nicht nur in Asien, sondern auch in Lateinamerika und vor allem in Nahost.

Was die Zusammenarbeit und wirtschaftliche Hilfe anbelangt, so habe Japan bis Ende 1977 allein an die ASEAN-Länder 7,8 Mrd.US\$ gezahlt, das sind etwa 41% der Auslandshilfe. Das ASEAN-Gebiet sei damit zur "Schlüsselregion" der japanischen Entwicklungshilfe geworden. (Der Autor vergißt hier allerdings, diese "Entwicklungshilfe" aufzuschlüsseln: Handelt es sich nur um Exportkredite, die mehr der japanischen Industrie als dem Partnerland helfen, oder um wirklich "verlorene" Zuschüsse?)

Welche Gründe steckten hinter dieser Änderung? Früher habe sich Japan in seiner Außenpolitik ja fast ausschließlich auf Wirtschaft und Außenhandel beschränkt, zu den wirklich fundamentalen Weltproblemen aber eine "abwartende und nachlässige Haltung"

eingenommen. Inzwischen habe Tokio offensichtlich Selbstkritik geübt und eine eigenständige politische Rolle im Kampf gegen den Hegemonismus aufgenommen. Der japanischen Außenpolitik komme heute bereits eine positive Rolle bei der Schaffung einer "friedlichen internationalen Umgebung" zu. Diese günstigen Zensuren sind möglich geworden, seit Japan Ende 1978 den Friedensvertrag mit China unterschrieben hat, in dem u.a. auch eine Antihegemonie-Klausel enthalten ist.

- we -

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(11) Stellungnahme zur UNO-Technologie-Konferenz in Wien

Seit 1972 hat die UNO eine ganze Reihe von Großkonferenzen veranstaltet, die Probleme in Angriff nehmen sollten, welche für die gesamte Menschheit von Bedeutung sind. Solche Konferenzen bezogen sich auf die Umwelt (1972 in Stockholm), auf die Bevölkerungsexplosion (1974 in Bukarest), auf die Ernährungsfrage (1974 in Rom), auf die Frauenemanzipation (1975 in Mexiko), auf die Wohnsituation (1976 in Vancouver), auf die Wasserversorgung (1977 in Mar del Plata), auf das Anwachsen der Wüsten (1977 in Nairobi), auf die Gesundheit (1978 in Alma Ata) und nunmehr auf die Entwicklungswissenschaften und -technologien (1979 in Wien). Diese Wiener Konferenz, die vom 20. Aug.-1. Sept. stattfand, wurde von über 140 Ländern und Territorien beschiedt. Sie war hauptsächlich auf gemeinsame Anstrengungen der Entwicklungsländer und der "Gruppe 77" zustande gekommen. Ziel der Veranstaltung war es, die wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten der Entwicklungsländer zu vergrößern und damit auch die Chancen für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu verbessern.

Ausgangspunkt war eine Situationsanalyse, der zufolge fast die gesamte Wissenschaft und Technologie, die ja heute als eine der wichtigsten Produktivkräfte gilt, von wenigen Ländern, besonders von den Supermächten kontrolliert werden. Aufgrund dieses Wissenschafts- und Technologiemonopols werde die Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern immer weiter aufgerissen. Während die eine Seite immer reicher wird, nimmt die Armut der anderen zu. Die entwickelten Länder, in denen weniger als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt, kontrollieren den Großteil der wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten und der Industrieproduktion der Welt.

Wie nun kann man den Technologie-Transfer von der reichen zur armen Seite hin bewerkstelligen? Auf keinen Fall dürfe man erwarten, daß die Industrieländer auf ihr Monopol freiwillig verzichten, ihre Restriktionen für den Technologie-Austausch freiwillig abschafften und den Entwicklungsländern einen relevanten wissenschaftlichen und technischen Fonds zur Verfügung stellten. Vielmehr müßten die Entwicklungsländer sich primär auf ihre eigene Kraft verlassen und die notwendigen soziokulturellen Bedingungen hierfür schaffen. Dazu gehört die Popularisie-

rung der Erziehung, die Ausbildung von immer mehr Fachleuten, die Errichtung einer wissenschaftlichen und technischen Infrastruktur für eine vielseitige Wissenschafts- und Technologie-Politik und die Erarbeitung von Entwicklungsplänen.

Dieser Entwicklungsprozeß kann nicht isoliert herbeigeführt werden, sondern zum Teil durch internationale Zusammenarbeit. Hierbei erweist sich die alte Weltwirtschaftsordnung als entscheidendes Hindernis.

Die Konferenz in Wien einigte sich auf ein Aktionsprogramm sowie mehrere Resolutionen, die einen ersten positiven Schritt in die geplante Richtung darstellen sollen.

Die Diskussionen der UNCSTD (United Nations Conference on Science and Technology for Development) konzentrierten sich vor allem auf drei Hauptprobleme, nämlich

- die Errichtung einer Oberbehörde, die sich der Fragen von Wissenschaft und Technologie annehmen soll und die in Form eines "intergovernmental committee" fungieren soll.
- Außerdem soll ein Fonds in Höhe von 250 Mio.US\$ errichtet werden, der aus freiwilligen Beiträgen der Teilnehmer innerhalb von zwei Jahren zu erbringen ist.
- Drittens stand die Frage des oben bereits erwähnten Technologie-Transfers sowie der wissenschaftlichen Information zur Debatte.

Die USA widersetzten sich anfangs der Errichtung eines Fonds, seien dann aber, wie Xinhua (XNA, 6.9.79) lobend erwähnt, doch eingeschwenkt. Die EG-Länder hätten die Errichtung eines "intergovernmental committee" beschlossen. Die Sowjetunion andererseits habe versucht, überall die Worte "Abrüstung und Entspannung" in die Konferenzpapiere hineinzuschmuggeln, ohne allerdings an den eigentlichen Interessen der Entwicklungsländer irgendwie interessiert zu sein.

Alles in allem sei die Konferenz ein "erster Schritt auf einem Marsch von 10.000 Meilen" gewesen.

- we -

(12) Zur Konferenz der Blockfreien

Vom 3.-9. September fand in der kubanischen Hauptstadt Havanna die 6. Konferenz der Blockfreien statt, deren wichtigste Auseinandersetzungen sich nach chinesischer Auffassung um drei Fragen drehten:

1. Soll die Bewegung der Blockfreien ihren alten Grundprinzipien treu bleiben oder von diesen abweichen?
2. Sollen Einheit und Zusammenarbeit oder aber Spaltung und Konflikt betont werden?
3. Soll es beim Geist der "demokratischen Konsultationen" bleiben oder sollen einige wenige Länder ihren Willen der Mehrheit aufzwingen dürfen?

Im Schlußkommuniqué seien zwar die Grundprinzipien erneut betont worden (Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und alle anderen Formen auswärtiger Aggression, Okkupation, Beherrschung, Einmischung und Hegemonie sowie jede Form von Blockpolitik). Dies seien freilich nur Worte. Mit dem jugoslawischen Präsidenten Tito

müsse man fragen, ob diesen Worten auch Taten folgten (XNA, 10.9.79).

Was die Frage der Einheit anbelangt, so hätten einige Länder - allen voran Kuba - versucht, vor allem mit vier Methoden die Aufspaltung der Blockfreienbewegung zu betreiben:

- durch "Fischen im Trüben". Einige Länder, die auf ihrem Gebiet Supermachttruppen stationiert hätten, seien ganz offen der Meinung gewesen, daß diese enge Anlehnung wahre "Blockfreiheit" bedeute (angespült ist hier auf die Stationierung sowjetischer Truppen in Kuba).

- Die zweite Methode bestehe darin, andere zu beschuldigen, um auf diese Weise selbst aus der Schußlinie zu kommen. Dies sei die typische Methode der Hanoi-Behörden. Bis an die Zähne bewaffnet und als Besatzer von Nachbarländern auftretend, beschuldigten sie gleichzeitig andere Staaten des Hegemonismus und bezeichneten sich selbst als Anhänger des Grundsatzes der Nicht-Aggression.

- Die dritte Methode besteht darin, China anzugreifen, um dadurch die Sowjetunion vor Angriffen zu schützen.

- Schließlich suche man jede nur mögliche Gelegenheit zur Aufspaltung der Bewegung (XNA, 7.9.79).

Zum Thema der Ausschaltung der Mehrheit durch eine Minderheit rügt Xinhua (11.9.79) das Verhalten Kubas und Vietnams. Beide hätten sich von vornherein geeinigt, den Vertreter der Pol-Pot-Regierung fernzuhalten, und hätten sich dazu aller möglichen unlauteren Mittel bedient, seien aber dann schließlich doch von der Mehrheit überstimmt worden. Ungewöhnlich sei auch die Redeordnung gewesen, deren Prinzipien nicht offen zutage lagen, sondern vom kubanischen Vorsitzenden willkürlich gehandhabt wurden. U.a. habe z.B. der vietnamesische Vertreter Pham Van Dong Gelegenheit gehabt, zu später Stunde in scharfer Form gegen Singapore und Malaysia aufzutreten, woraufhin die Sitzung geschlossen wurde, ohne daß den Angegriffenen Gelegenheit zur Erwiderung gegeben worden sei. Singapore und Malaysia wurden vor allem deshalb angegriffen, weil sie für die Vertretung Kampuchas durch das Pol-Pot-Regime plädiert hatten.

Chinas Kommentare zu der Konferenz waren durch einige typische Kriterien gekennzeichnet:

- In fast allen Verlautbarungen wurde Tito unterstützt, so daß die Tito- und die Castro-Linie letztlich als die eigentlichen, nicht zu vereinbarenden zwei Linien hervortraten (z.B. RMRB, 13.9.79).

- Herausarbeitung aller Fakten, die Moskau als Drahtzieher hinter den Spaltungsvorgängen hinstellen (z.B. XNA, 28.8.79).

- Eifrig sucht Xinhua ferner Stimmen zusammen, die China verteidigen. Mit besonderem Wohlwollen wird der entsprechende Beitrag des pakistanischen Präsidenten zitiert, der folgendes ausführte: "Chinas von Prinzipienfestigkeit getragene Unterstützung für die Befreiungsbewegungen der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika ist bekannt. Obwohl selbst noch ein Entwicklungsland, hat China ständig anderen Ländern generöse Hilfe bei ihrem nationalen Aufbau... zukommen lassen. Wir in Pakistan wissen diese selbstlose Unterstützung zu würdigen. Es gibt gar keinen Zweifel, daß die VR China in den internationalen Angelegenheiten eine zunehmend wichtige Rolle spielt, vor allem bei der Verstärkung des Kampfes der

Blockfreienbewegung gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, einschließlich des Zionismus, ferner gegen Hegemonie und alle Formen von Beherrschung" (XNA, 7.9.79).

Mit Wohlwollen wird auch die Erklärung des deutschen Außenministers Genscher zur Blockfreiheit begrüßt. Die Blockfreienbewegung bleibe so lange stark, als ihre Mitglieder Zurückhaltung gegenüber den großen Machtblöcken bewahrten. Solange diese Richtung beibehalten werde, könne die Bewegung der deutschen Unterstützung sicher sein (XNA, 6.9.79).

- we -

(13) Weiterhin Ablehnung von SALT II

In mehreren Kommentaren wird erneut SALT II abgelehnt. In XNA (1.8.79) zitiert ein Kommentator die negative Stellungnahme des früheren amerikanischen Außenministers Kissinger vor dem Senat für Auswärtige Beziehungen. Man solle SALT II nur bei Wiederherstellung der Verteidigungsparität ratifizieren, nachdem die Sowjetunion im Jahre 1975 mit ihren Aufrüstungsmaßnahmen das internationale Gleichgewicht durcheinandergebracht habe.

Auch unter Verweis auf die militärischen Rüstungszahlen, wie sie in der neuen Ausgabe von "The Military Balance 1979-1980" vom Londoner International Institute for Strategic Studies Anfang September veröffentlicht wurden, zieht Xinhua (XNA, 5.9.79) den Schluß, daß von einer Entspannung, wie sie den SALT II-Vereinbarungen ja zugrunde liegt, nicht die Rede sein kann.

Statt dessen sollten sich die Europäer und Amerikaner weiterhin um die Stärkung der NATO bemühen. Hier verweist Xinhua (XNA, 5.9.79) auf die Brüsseler NATO-Konferenz, in der der frühere NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig erneut vor dem wachsenden militärischen Übergewicht der Sowjetunion in Europa gewarnt habe. Positiv bewertet Xinhua (XNA, 7.9.79) auch den Besuch des neuen NATO-Oberbefehlshabers Bernhard W. Rogers in der Türkei, der östlichen Flanke der NATO.

- we -

(14) Das britische Commonwealth: ein positiver Faktor in der Weltpolitik

Anläßlich der Commonwealth-Konferenz in Lusaka vom 1.-7. August weist XNA (11.8.79) auf die Doppelnatur des Commonwealth hin. Einerseits sei diese Vereinigung immer noch mit dem Kolonialismus der Vergangenheit behaftet. Andererseits dürfe man aber doch nicht übersehen, daß diese lose Vereinigung eine "positive Rolle beim Kampf gegen die Supermächte und für die Stabilisierung der Weltsituation" bilde. Das Commonwealth sei mit anderen Worten ein nicht unwichtiger Faktor bei der Vereinigung der Zweiten und der Dritten Welt im Kampf gegen den Hegemonismus (XNA, 11.8.79).

- we -

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(15) Preissteigerung für Chinareisen im nächsten Jahr

Ab 1980 werden die Preise für Pauschalreisen in

die Volksrepublik China erhöht werden. Der seit 1973 unverändert gültige Preis von 40 US\$ pro Tag und Person wird für Gruppen ab zehn Teilnehmern auf 65 \$ steigen, für Gruppen mit 2-9 Teilnehmern liegen die täglichen Kosten bei 90 \$, Einzelreisende müssen 130 \$ pro Tag bezahlen. Diese Preise schließen Vollpension im Hotel, Reiseführer u.ä. ein, jedoch keine Bahn- und Flugreisen.

Diese neuen Preise gab Lu Xuzhang, Generaldirektor der Allgemeinen Verwaltung für Reise und Tourismus in China, bekannt. Er sprach auf einer nationalen Konferenz über die Zukunft der chinesischen Tourismusindustrie in dem Badeort Beidaihe. Die Konferenz traf die Einschätzung, daß der Tourismus rasch wachsen werde und Millionen Touristen in den nächsten Jahren nach China kommen würden. In den ersten acht Monaten d.J. seien einschließlich der Überseechinesen und der "Landsleute aus Hongkong, Macao und Taiwan" bereits 670.000 Touristen in China zu verzeichnen gewesen. Zur Förderung des Fremdenverkehrs werden die Hotelkapazitäten erhöht und andere für den Tourismus nötige Dienstleistungen ausgebaut werden. Es sei zudem beabsichtigt, Möglichkeiten zum Jagen, Skilaufen und Segeln zu schaffen, das Baden in heißen Quellen und heißem Dampf und die Behandlung mit traditionellen chinesischen Heilmethoden für Ausländer zu ermöglichen.

Es sollen vierzig große Touristikzentren gebaut werden, darunter Peking, Schanghai, Nanjing, Guangzhou (Kanton), Guilin, Hangzhou, Xi'an und Kunming. 15 neue Hotels werden gebaut. Außerdem sei auch die Beteiligung von ausländischem Kapital bei der Förderung des Tourismus in China sehr willkommen (DGB, 27.9.79).

Als Ergänzung kündigte das Staatliche Fremdenverkehrsbüro Luxingshe spürbare Preiserhöhungen im Personenverkehr der chinesischen Eisenbahnen an. Danach sollen die Fahrpreise für Ausländer ab 1. Januar 1980 um 75% steigen. Keine Angaben wurden über den Umfang der Preissteigerungen für Chinesen gemacht, die bisher genausoviel wie Ausländer bezahlen mußten.

- ga -

INNENPOLITIK

(16) 11. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK

Die 11. Plenarsitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 11.-13. September 1979 in Peking statt. Den verschiedenen Berichten zufolge faßten die Teilnehmer der Plenarsitzung insgesamt neun Beschlüsse:

1. Verabschiedung des "Umweltschutzgesetzes der Volksrepublik China" zur versuchsweisen Anwendung (Text in RMRB, 17.9.79; engl. Übersetzung in SWB, 24.9.79; vgl. RMRB, 18.9.79).
2. Verabschiedung einer Resolution, nach der die Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte ermächtigt werden, bereits vor Inkrafttreten des Organisationsgesetzes der lokalen Volkskongresse und der lokalen Volksregierungen am 1. Januar 1980 lokale Volkskongresse einzuberufen, die Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse auf Provinzebene zu wählen und lokale Volksregierungen

an die Stelle der Revolutionskomitees auf Provinzebene einzusetzen, wenn hierzu die Vorbereitungen bereits getroffen worden sind (s. hierzu auch die Übersicht "Tagungen der Volkskongresse auf Provinzebene" und das Thema hierzu in diesem Heft).

3. Ernennung von Ji Pengfei zum stellvertretenden Ministerpräsidenten des Staatsrates. Der 70jährige Ji Pengfei zählt zu den außenpolitischen Spitzenpolitikern der Volksrepublik China. Von 1953 bis 1955 war er Botschafter in der DDR und wurde danach zum stellvertretenden Außenminister ernannt. 1972 stieg Ji Pengfei zum Außenminister auf, wurde jedoch im Dezember 1976 von Huang Hua in dieser Position abgelöst. Ji Pengfei, der über erhebliche Auslandserfahrungen verfügt, ist Mitglied des Zentralkomitees der KPCh und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim Zentralkomitee. Mit seiner jetzigen Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten wird er von seinen Ämtern als stellvertretender Vorsitzender, Generalsekretär und Mitglied des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses entbunden.

4. Schaffung des 8. Maschinenbauministeriums. Das 8. Maschinenbauministerium geht aus dem im Jahre 1975 gebildeten 8. Allgemeinen Maschinenbaubüro hervor. Dem Büro unterstand die gesamte chinesische Rüstungsindustrie. Die Tatsache, daß es nun zum Ministerium aufgewertet wurde, zeigt die Bedeutung, die die chinesische Führung dem Ausbau der Rüstungsindustrie beimißt. Zum Minister des 8. Maschinenbauministeriums wurde Jiao Ruoyu ernannt.

5. Wiedereinrichtung des Justizministeriums. Das frühere Justizministerium der Volksrepublik China war bereits im Jahre 1959 abgeschafft worden. Ein Teil seiner Arbeit war seitdem vom Obersten Volksgerichtshof erledigt worden. Da das auf der 2. Tagung des V. NVK verabschiedete Organisationsgesetz der Volksgerichtshöfe festlegt, daß die juristische Verwaltungsarbeit der Volksgerichtshöfe auf allen Ebenen von juristischen Verwaltungsorganen geleitet werden muß, wurde die Wiedereinrichtung des Justizministeriums notwendig. In der Erläuterung des Antrags auf Schaffung des Justizministeriums ging der stellvertretende Ministerpräsident Yu Qiuli auch auf die Hauptaufgabe des Justizministeriums ein. Danach soll das Ministerium künftig eine einheitliche Kontrolle über die verschiedenen dem Gericht unterstehenden Organe ausüben, juristische Kader anleiten und ausbilden, Forschungsinstitute für politische und juristische Angelegenheiten gründen und leiten, ein System von Notaren schaffen, das Rechtswesen popularisieren, Gesetze und Dekrete zusammenstellen, Kontakte mit anderen Ministerien in gemeinsamen Fragen herstellen und andere juristische und Verwaltungsarbeiten erledigen, um die Durchsetzung aller Bestimmungen der staatlichen Gesetze zu gewährleisten. Zum Minister des wiedereingerichteten Justizministeriums wurde Wei Wenbo ernannt.

6. Wiedereinrichtung des Ministeriums für Geologie. Das alte Ministerium für Geologie war 1970 abgeschafft worden. Seine Arbeit war damals von der staatlichen Planungskommission übernommen worden. 1975 wurde dann vom Staatsrat das Büro für Geologie gegründet, aus dem nun wieder das Ministerium für Geologie hervorgegangen ist. Zum Minister des Ministeriums für Geologie wurde Sun Daguang ernannt.

7. Ernennung von Wu Bo zum Finanzminister. Der bisherige Finanzminister Zhang Jingfu wurde von seinem Amt entbunden.